

Was uns das Schweigen kostet – Teil 12

Kapitel 5: Trennung von Christentum und Staat – Teil 2

Die Bühne bereiten für den Schutz der Christenheit

Heute gibt es Bürger, die sich immer noch nicht bewusst sind, dass die Phrase „Trennung von Kirche und Staat“ nirgendwo in der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika vorkommt. Thomas Jefferson gehörte zu dem Komitee, welches dazu bestimmt war, die Unabhängigkeitserklärung zu schreiben. Es gab insgesamt 86 Änderungen bei dem ersten Entwurf, die von verschiedenen Mitgliedern des Kontinentalkongresses vorgenommen wurden. Die letztendliche Version wurde am 17. September 1787 ratifiziert.

Etwa 2 Jahre später schlug James Madison eine Verfassungsänderung im Hinblick auf die Religionsfreiheit vor. Er war darüber besorgt, dass die Kirchen-Denominationen nicht gleich behandelt wurden. Er hatte die Klage der Baptisten in Danbury über den Umgang mit ihrer Glaubensausübung gelesen, während die methodistische Episkopal-Kirche beinahe zu der amerikanischen Version der staatlich unterstützten Kirche von England wurde. Von den Kirchenmitgliedern wurden Spenden eingesammelt. Madison ehrte das Christentum, doch er wollte auch den Schutz und die Rechte aller Glaubensüberzeugungen sicherstellen.

Frühere Entwürfe von dem, was später der 1. Zusatzartikel werden sollte, sind bedeutsam für das Verständnis der Absicht der amerikanischen Gründerväter. Die Tatsache, dass der Begriff „Denomination“ darin nachweislich immer wieder hervorgehoben wurde, ist wichtig für die Erkenntnis darüber, welche Ziele da mit der Errichtungs-Klausel verfolgt wurden. Man wollte die vollkommene, uneingeschränkte Religionsfreiheit, was für diese Männer das Christentum bedeutete. Doch sie wollten NICHT, dass eine bestimmte DENOMINATION mehr Macht, Kontrolle oder Einfluss hatte als die anderen Denominationen.

Über einige Monate hinweg machte die Erstellung des 1. Zusatzartikels Fortschritte. Dabei gab es folgende Schritte:

„Im 1. Artikel Absatz 9 – zwischen den Klauseln 3 und 4 – wurde folgende Bemerkung eingefügt: Die bürgerlichen Rechte von niemandem sollen wegen der Religion oder deren Ausübung eingeschränkt werden.“

Am 20. August, nachdem man über diese Anmerkung debattiert hatte, wurde sie erneut überarbeitet. Stattdessen wurde dieser Zusatzartikel genehmigt:

„Der Kongress darf kein Gesetz verabschieden, welches die Religion antastet oder gegen die Gewissensrechte verstößt.“

Am 3. September kam der Senat zusammen und begutachtete einige Versionen des Zusatzartikels. Folgende wurde angeboten und abgelehnt:

„Der Kongress darf kein Gesetz verabschieden, bei dem eine spezielle religiöse Denomination den anderen vorgezogen wird.“

Am Ende wurde folgender Zusatzartikel angeboten und angenommen:

„Der Kongress soll kein Gesetz verabschieden, bei dem eine Religion etabliert wird.“

Und natürlich kennen wir alle die endgültige Version, welche Teil der Bill_of_Rights geworden ist, die mit der grundsätzlichen Rede- und Religionsfreiheit beginnt. Der 1. Zusatzartikel lautet:

„Der Kongress darf kein Gesetz erlassen, das die Einführung einer Staatsreligion zum Gegenstand hat, die freie Religionsausübung verbietet, die Rede- oder Pressefreiheit oder das Recht des Volkes einschränkt, sich friedlich zu versammeln und die Regierung durch Petition um Abstellung von Missständen zu ersuchen.“

Ist es nicht interessant, dass in sämtlichen verfügbaren historischen Chroniken, Dokumenten und Schriften nicht von einem Einigen der 90 Verfassungsgestalter die Phrase „Trennung von Kirche und Staat“ erwähnt wird? Es sollte uns erstaunen, dass der eigentliche Zusatzartikel dazu gedacht war, dass die Regierung sich aus religiösen Angelegenheiten heraushalten soll. Aber genau das missbrauchen die Aktivisten heute dazu, die Ausübung des Christentums zu behindern.

Bekannt als Errichtungsklausel sollte dieser Zusatzartikel eine offizielle Staatsreligion verhindern. Doch das Wichtigste, was es dazu beachten gilt, ist: Es ist der Bundesregierung auch verboten, Nicht-Religiöses über die Religion zu stellen. Aber es wird immer offensichtlicher, dass Atheisten immer mehr Gerichtsfälle gewinnen als Folge der richterlichen Verantwortungslosigkeit.

Genauso faszinierend ist die auffällige Offenheit der meisten Gründer und frühen Patrioten der Geschichte, die heute nicht mehr berücksichtigt wird. Zum Beispiel hatte James Madison die Staatsbeamten dazu ermutigt, ihren Glauben und ihr christliches Zeugnis Anderen zu übermitteln. Madison schrieb am 25. September 1773:

„Ich habe manchmal gedacht, dass es kein stärkeres Zeugnis im Hinblick auf

Religion oder gegen die zeitgenössischen Vergnügungen geben kann – selbst die vernünftigsten und männlichsten – für Menschen, welche die ehrbarsten und einträglichsten Posten in den Ministerien bekleiden und die dadurch zu Ruhm und Wohlstand kommen - als ÖFFENTLICH ihre Unzufriedenheit darüber zu erklären, dass sie keine glühenden Verfechter der Sache Christi geworden sind. Und ich wünsche mir, dass Sie das ebenso bestätigen.“

Der Staat kann die Menschen nicht dazu zwingen, eine bestimmte Religion anzunehmen; doch die Regierung stellt fälschlicherweise den Atheismus und den Humanismus ÜBER das Christentum.

Darüber hinaus scheint Thomas Jefferson die Person zu sein, welche die Linken so zitieren, als wäre er für die so genannte „Mauer der Teilung“ zwischen Kirche und Staat verantwortlich. Jefferson war aber nicht einmal einer der Gestalter des 1. Zusatzartikels. Dennoch werden Gerichtsfälle auf diese Vorstellung aufgebaut, und Gesetze sind wegen dieser falschen Prämisse geändert worden. Jefferson hat diese berüchtigten Worte nur ein einziges Mal verwendet und zwar in einem Brief an die Baptisten in Connecticut, die ihm geschrieben hatten. Sie waren besorgt darüber, ob sie ihren Glauben öffentlich zum Ausdruck bringen durften. Jefferson schrieb ihnen zurück und versicherte ihnen, dass ihnen die Regierung mit gesetzlichen Mitteln nicht in die Quere kommen könnte. Außerdem erklärte er, dass der Staat eine einzelne Religion nicht erzwingen oder bevorzugen könne.

Gott wird in der Unabhängigkeitserklärung erwähnt, und vier Mal wird darin auf Ihn als Schöpfer Bezug genommen: Es heißt darin, dass:

- ER, als souveräner Gesetzgeber, uns „bestimmte unabdingbare Rechte“ gewährt (die Naturgesetze und jene, die Seinem Wesen entsprechen)
- ER die ultimative Autorität hat als „höchster Richter der Welt“
- Wir an Ihn als den Wächter über die Menschheit glauben und Gottvertrauen haben
- Wir an Ihn als den Beschützer der Menschheit glauben und an Seine göttliche Bewahrung

Daran sollten wir denken, wenn Jefferson die natürlichen Rechte im Hinblick auf die Glaubensausübung in seiner Antwort an die Baptisten von Danbury erwähnt.

„Ich glaube, genauso wie Ihr, dass Religion eine Sache allein zwischen dem Menschen und seinem Gott ist und dass der Mensch keinem Anderen Dank für seinen Glauben oder seine Religionsausübung schuldet. Ich denke, dass die gesetzgebenden Mächte der Regierung sich nur auf ihre Aktionen

fokussiert sein und nicht auf Meinungen basieren sollten. Ich erwäge mit souveräner Ehrfurcht, dass die Verordnung für das gesamte amerikanische Volk, in welcher erklärt wird, dass ihre gesetzgebende Gewalt kein Gesetz im Hinblick auf eine Staatsreligion erlassen oder eines, welches die freie Religionsausübung verbietet, damit eine TRENNMAUER zwischen Kirche und Staat errichtet. Wenn man an diesem Ausdruck des höchsten Willens für die Nation im Hinblick auf die Gewissensrechte festhält, sehe ich mit Befriedigung den Fortschritt jener Ansichten, die dahin tendieren, alle natürlichen Rechte des Menschen wiederherzustellen, wobei ich davon überzeugt bin, dass der Mensch kein natürliches Recht hat, seinen gesellschaftlichen Verpflichtungen nicht nachzukommen.

Ich vergelte Eure lieben Gebete um Schutz und Segen, die Ihr an unseren gemeinsamen Vater und Schöpfer gerichtet habt, indem ich Euch und Eurer religiösen Gemeinschaft den größten Respekt und die höchste Wertschätzung entgegenbringe.“

Dies ist wahrscheinlich das einzige Mal in der amerikanischen Geschichte, dass die geschriebenen Worte einer Einzelperson nicht nur absichtlich aus dem Zusammenhang gerissen wurden, sondern jetzt eben dieselben Worte – einem Privatbrief entnommen – als die oberste Autorität für eine nationale Gesellschaftspolitik verwendet werden. Unser Schweigen bewirkt, dass das so weitergeht.

Wenn man sorgfältig die Dokumente aus der Vergangenheit überprüft, ergibt sich der Beweis, der aufzeigt, dass die meisten der amerikanischen Führer und Repräsentanten nicht nur die Glaubensausübung schützen wollten, sondern dass sie so weit gingen, das Christentum öffentlich zu fördern.

Hätte irgendeiner dieser Männer gebilligt, dass ein paar Worte – die möglicherweise nur ein einziges Mal zum Ausdruck gebracht wurden -, die noch nicht einmal in der Verfassung stehen, sondern in einem privaten Brief, dazu benutzt werden, um die anti-christliche Agenda all jener zu verteidigen, die gegen die religiöse Glaubensausübung sind? Diese anti-christliche Agenda wird dahingehend erfolgreich umgesetzt, dass kein Krippenspiel in der Öffentlichkeit aufgeführt werden darf und dass die 10 Gebote nicht mehr öffentlich aufgestellt werden dürfen. (Siehe dazu auch den sehr aufschlussreichen deutschen Artikel von Alexander Seibel aus dem Jahr 1993: http://www.alexanderseibel.de/abschied_von_amerika.htm)

Da wir jetzt die Glaubensüberzeugungen der amerikanischen Gründerväter kennen und was sie im Hinblick auf die Bildung dachten, hätten diese zugestimmt, dass die Bibel, das Beten, die 10 Gebote und sogar die Erwähnung von Jesus Christus aus staatlichen Schulen verbannt werden, nur weil einige Wenige dagegen sind? Ich wage nicht, mir vorzustellen, was diese

tapferen, revolutionären Männer heute mit jenen anstellen würden, die durchaus als Verräter bezeichnet werden können, weil sie sich gegen Gott und die Religionsfreiheit stellen. Die amerikanische Verfassung setzt die Grundsätze der Bibel und das Christentum voraus.

Um weiter zu überprüfen, was diese Männer beabsichtigten, als sie die amerikanischen Gründungsdokumente verfassten, wollen wir uns anschauen, was der Richter des obersten Gerichts, Joseph Story, im Jahr 1811 dazu geschrieben hat:

„Die erste und grundsätzliche Regel bei der Interpretation aller Dokumente ist, sie in dem Sinn, in den Begriffen und in den Absichten der Parteien zu deuten.“

„Zu deuten“ bedeutet „herleiten, schlussfolgern, erklären oder den Zweck erfüllen“. Wenn etwas Gegenteiliges beschlossen und ausgeführt wird, müssen die Gerichte und Einzelpersonen den Original-Kontext und die Umstände der Ausführung prüfen, um korrekt und angemessen dessen Bedeutung zu verstehen.

- Was die Erstellung der amerikanischen Gründungsdokumente angeht, welche Ereignisse haben diese Männer dazu bewogen, und weshalb haben sie es für notwendig erachtet, die Glaubensausübung in Verbindung mit der Regierung zu erwähnen?
- Wurden die Aufzeichnungen des Verfassungsbundes komplett untersucht?

Dieser Prozess schließt die Überprüfung jeder bekannten Kommunikation, wie z. B. Schriftstücke, Berichte, Briefe, Chroniken usw. der involvierten Parteien mit ein. Und dies wurde getan und beinahe 200 Jahre lang beachtet.

Zum Beispiel heißt es in einem vom Kongress im Jahr 1787 verabschiedeten Gesetzes in Artikel 3 der Rechtsverordnung für die nordwestlichen Bundesstaaten:

„Religion, Moral und Erkenntnis ist für eine gute Regierung, sowie für das Glück der Menschheit, für die Schulen und die Lehrmittel zur immerwährenden Ermutigung notwendig.“

Beim 6. amerikanischen Kongress im Jahr 1800 wurde genehmigt, dass das Kapitol-Gebäude für christliche Gottesdienste benutzt werden durfte, und bis zum Jahr 1867 war die Kirche im Kapitol die größte in Washington D.C. mit 2 000 Besuchern pro Woche im Repräsentantenhaus. Zu den Gottesdienstbesuchern gehörten auch:

- James Madison
- John Quincy Adams
- Thomas Jefferson

und Andere.

Obwohl die Staatsbeamten und die Angehörigen der amerikanischen Regierung vermieden, sich in die Religionsausübung einzumischen, waren sie gerne dazu bereit, daran teilzunehmen. Die meisten Präsidenten haben diese Ausgewogenheit verstanden, doch die Gerichte sollten später die Errichtungsklausel falsch interpretieren. Präsident Ronald Reagan sagte den Gesetzgebern in Alabama im Jahr 1982:

„Der 1. Zusatzartikel ist nicht dazu geschrieben worden, um die Menschen dieses Landes vor religiösen Werten zu schützen; er wurde geschrieben, um religiöse Werte vor der Regierungstyrannie zu schützen.“

Fortsetzung folgt ...

Mach mit beim [http://endzeit-reporter.org/projekt/!](http://endzeit-reporter.org/projekt/)*

Bitte beachte auch den Beitrag [In-eigener-Sache](#)